

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: K. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— M. Expedition und Druck von Joh. van Klen in Krefeld, Rulh. Kirchstraße 66. 1913/1914/1915 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 53. Telegramm-Adr.: Textilarverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 31. Dezember 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Rückblick auf das Verbandsjahr 1909. — Die Streikversicherung der Arbeiter im deutschen Reich. — Ein „altes“ Streik von Mitgliedern eines „alten“ Arbeitervereins. — Feuilleton: Einige wichtige Fragen aus der Kollisionsversicherung. — Aus dem Verbandsleben: Arbeitslosen-Statistik. — Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit: Vöbberich. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern. — Cottbus. — Griesheim a. Main. — Heel. — Herges-Dahl. — Holt. — Münden-Bernsdorf. — Mülau-Neichlau. — Penn. — Siersen. — Aus unserer Industrie: Von den Textil-Höfsmärkten im November 1909. — Verbesserung im Spinnereibetriebe. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Der Papiert und die Gewerkschaftsfrage. — Ausgewählte Organisationen: Auch eine Illustration zum sozialdemokratischen Schnapsbottel. — Die ganze Unfallbarkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms. — Ein Sozialdemokrat über das Steuerzählen. — Wer untergräbt die geistliche Autorität? — Aus Arbeitgeberkreisen: Die Antwort des Maschinenbauers. — Allgemeine Hausfrau: Soziale Fragen: Einen schönen Erfolg. — Einen glänzenden Sieg in der schwarzen Bischofsstadt Bamberg. — Soziale Rechtsprechung: Erwerben die Arbeiter klägliche Ansprüche an eine Fabrikunterstützungskasse. — Allgemeines: Die Invalidenversicherungsanstalten im Jahre 1908. — „Christliche Sozialpolitik in der Kommune“. — Bestrafungen wegen Vergehen gegen die Arbeitergesetzbestimmungen. — Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen. — Briefkasten. — Berichterstattungs-Kalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.

Allen Mitgliedern und Freunden unseres Verbandes wünschen ein glückseliges Neujahr! Zentralvorstand und Redaktion.

Ein Rückblick auf das Verbandsjahr 1909.

Die Geschichte einer gewerkschaftlichen Organisation ist wechselreich und vielgestaltig. Die Vorläufer in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben wirken vielfach mehr oder minder heftig auf sie ein. Das freundliche Schicksal eines ruhigen und friedlichen Dahinschreitens ist den christlichen Gewerkschaften nie vergönnt gewesen, wie das überhaupt einer gewerkschaftlichen Organisation nicht vergönnt sein kann und darf. Eine Bewegung von der Stellung und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird immer in den Strudel bedeutungsvoller, politischer und wirtschaftlicher Ereignisse gezogen werden. Das ist durchaus ein Uebel. Es kommen damit vielmehr Zeiten, wo keine Bewegung den Beweis ihrer Festigkeit und Klarheit sowohl in organisatorischer als grundsätzlicher Hinsicht in besonderer Weise dokumentieren kann. Es sind Zeiten der Läuterung, der Festigung und des weiteren Durchdringens. Wir möchten das nunmehr hinter uns liegende Jahr 1909 als eine solche Zeit sowohl für unseren Verband als für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung in Anrechnung bringen.

Es gibt Mitglieder in unserem Verbands, die sagen, wir hätten ein schlimmes Jahr hinter uns. Wir teilen diese Schwarzseherei durchaus nicht. Im Gegenteil, wir betrachten das Jahr 1909 von einer ganz hellen Seite, indem wir sagen: Es war mehr wie im Jahr vorher ein Jahr der Konsolidation, der festen Verankerung, der Läuterung, des weiteren Durchdringens und der Belehrung. Darum ein Jahr des Erfolges.

Mit dem Beginn dieses Jahres begann sich der Beschäftigungsgrad in unserem Gewerbe wieder aufwärts zu bewegen. Das Aufwärtsschreiten ging langsam und beschwerlich. Doch ist heute die Gesamtlage so, daß man sie als „schlecht“ nicht mehr bezeichnen darf. In manchen Branchen ist die Beschäftigung sogar mehr als gut. Nicht günstig steht es mit den Baumwollspinnereien, die durch die noch immer ungewöhnlich hohen Rohstoffpreise arg geschädigt werden, wodurch naturgemäß auch viele Webereibetriebe in Mitleidenschaft gezogen werden. Verschleierte Umstände deuten jedoch auf Besserung hin. Der Geschäftslage entsprechend war auch die Tätigkeit unseres Verbandes in bezug auf Verbesserung des Arbeitsvertrages. Viele erfolgreiche Abwehrbewegungen, aber auch die Zahl der Angriffsbewegungen hat namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres gegenüber 1908 erheblich zugenommen. Wiederholt konnten Unternehmer zum Abschluß langfristiger Tarifverträge veranlaßt werden, namentlich in solchen Bezirken, wo wir schon Jahre lang eine gut organisierte Arbeiterkraft besitzen. Die Textilindustrie hat im Jahre 1909 ihre Tore den Tarifverträgen weiter offen machen müssen. Ueberhaupt ist der materielle Gewinn, der unseren Mitgliedern durch unsere Organisation in 1909 zugeführt werden konnte, wieder ganz erheblich, einerseits durch den wachsenden Einfluß unseres Verbandes auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages und andererseits durch unsere guten Unterstützungseinrichtungen. Remerklich hat sich die April infolge getretene Arbeitslosenunterstützung als nützlich und segensreich erwiesen. Wir werden in einem späteren Artikel dieses zahlenmäßig betonen.

Zwei Umstände möchten wir hervorheben, die im vergangenen Jahre unser Verbandsleben gleichsam beherrschend haben und uns die Berechtigung geben von einem Jahre der festen Verankerung und des weiteren Durchdringens zu sprechen. Es sind das erstens die im April durchgeführte Vertragsverbesserung und zweitens die Fege seitens des „freien“ Verbandes. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die jeden Mitgliederertrag als das größte Uebel für einen Verband ansehen. Ist das an sich schon falsch, so gehen sie auch noch von einer ganz verkehrten Voraussetzung aus, wenn sie unter diesem Gesichtspunkte die nunmehr durchgeführte Vertragsverbesserung beurteilen. Es ist falsch, den Mitgliederertrag ganz auf das Konto der Vertragsverbesserung zu setzen. Wir möchten die größte Schuld vielmehr der Krise zuschreiben. Der Charakter unseres Gewerbes bedingt es, daß wir durchgehend mit Massenaufnahmen zu rechnen haben; das hat zur natürlichen Folge, daß bei einem Darniederliegen des Gewerbes auch die Zahl der Austritte groß ist. Das ist in der ganzen Großindustrie so.

Darum haben wir den Zeitpunkt für die Durchführung der Vertragsverbesserung auch für durchaus nicht ungünstig gehalten. Durch die schlechten Erwerbsverhältnisse war die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung des Arbeitsvertrages doch wesentlich beeinträchtigt und infolgedessen auch mit einem größeren Mitgliederertrag zu rechnen. Es war wohl klug gegangen, nun mit einem auch die Vertragsverbesserung durchzuführen, um bei einem Aufwärtsschreiten der Konjunktur nicht die Situation durch diese Frage zu erschweren. Wie wären wir in der Agitation jetzt gestellt, wenn wir nunmehr vor der Vertragsverbesserung ständen? Die Agitation würde dadurch ganz erheblich gehemmt. Es ist jetzt freie Bahn, die unserem Verband bei treuer Pflichterfüllung seitens der Mitglieder auch in agitativer Hinsicht die Früchte der guten Konjunktur zuführen wird. Die Vertragsverbesserung, die mit dem 1. April in Kraft trat, gab für viele Wandelmütige nur den Anstoß, ihren Austritt früher zu vollziehen, der durch den schleppenden Geschäftsgang und die dadurch für die Gewerkschaft bestimmte Taktik dennoch später erfolgt wäre. Und andererseits geben wir unsere Mitglieder zu bedenken: Haben wir nicht viele Mitglieder halten können durch die Arbeitslosenunterstützung, die im Falle eines Nichtvorhandenseins dieser Unterstützung durch ihre Arbeitslosigkeit unabweisbar dem Verbands den Rücken gekehrt hätten? Die Zahl unserer Mitglieder, die im vergangenen Jahre längere oder längere Zeit arbeitslos waren, ist größer, als wir erwartet hätten.

Bei objektiver Prüfung wird kein Mitglied die Wichtigkeit dieser Gedanken wegstreiten wollen. So ist unser Verband aus dem Krisenjahr 1909 innerlich gefestigter und geschlossener hervorgegangen. Der Weg zur erfolgreichen Agitation ist frei, unser Verband steht kräftiger da. Erreicherungswiese haben wir in den letzten Monaten einen ganz beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Mögen alle Mitglieder nur getreu ihrer gewerkschaftlichen Pflicht nachkommen.

Von der Fege seitens des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter ist in den Spalten dieser Zeitung so oft geschrieben worden, daß wir uns hier kurz fassen können. Der Ansturm des „deutschen“ Verbandes ist glänzend abgesehen. Wir haben durch ihn keine zwei Duzend Mitglieder verloren, sogar Uebertritte aus der gegnerischen Organisation gewonnen. Der Leitung des „deutschen“ Verbandes ist der schürliche Plan, unsern Verband kaputt zu schlagen, herzlich schlecht bekommen. So ist ihr noch wohl nie heimgeleuchtet worden, als in diesem Falle von uns. In einem vertraglichen Verhältnis der verschiedenen Arbeiterorganisationen war uns stets und ist uns noch viel gelegen, aber wenn man uns ohne Grund und in so schamloser Weise angreift, wie es der deutsche Textilarbeiterverband tat, dann gehen wir auch einem scharfen Kampfe nicht aus dem Wege. Der Kampf war vielleicht notwendig. Er hat einerseits das Selbstbewußtsein unserer Mitglieder gestärkt und andererseits der Leitung des „deutschen“ Verbandes gezeigt, daß er sich an die Ehre unserer Organisation und ihrer Führer nicht ungestraft vergreift und daß er in unserem Verbands eine Konkurrenzorganisation vor sich hat, die sich seinen Machtgefühlen nicht feige ergibt, die Anspruch auf Anerkennung macht und auch imstande ist, sich die Anerkennung zu erzwingen. Die Fege gab uns Gelegenheit, die gesamte Öffentlichkeit mit den traurigen Zuständen in Verbands „deutscher“ Textilarbeiter bekannt zu machen. Wir hoffen, damit die Leitung dieses Verbandes zur Einsicht und zu einem ehrlichen und vernünftigen Vorgehen bewegt zu haben.

Eine geradezu widerliche Rolle hat bei dieser Gelegenheit das Organ des „freien“ Verbandes gespielt. Wir wollen darauf verzichten, über die Sündenleien dieses Schmierblattes noch weitere Worte zu verlieren. Der „Textilarbeiter“ hat sich selbst aus der Reihe der unabhängigen Pressorgane ausgegliedert.

In diesem Kampfe hat sich die Gesinnungstüchtigkeit und die Solidarität unserer Mitglieder in einer glänzenden Weise gezeigt. Wir haben zahlreiche Zuschriften aus Mitgliederkreisen erhalten, die voll freudiger Kampfesstimmung, sich entäuerten über die verlogene Fege gegen unseren Vorstehenden Schiffer. Dieser Geist treuer Anhänglichkeit an unsere Organisation und echter Prinzipienfestig-

keit muß unsere Reihen immer beherrschen, wenn wir der Textilarbeiterschaft eine ihr zukommende Stellung im öffentlichen Leben erobern wollen. Sie muß sich lösen von der sozialdemokratischen Phrase, ihre Selbständigkeit in jeder Hinsicht bei allen vor kommenden Gelegenheiten zum Ausdruck bringen. In diesem Sinne soll sich namentlich im kommenden Jahre unsere Erziehungs- und Aufklärungsarbeit bewegen. Die Stellung der christlichen Arbeiterschaft wird von den vielen Feinden immer mehr und immer schärfer umdrängt. Da gehört zu einem erfolgreichen Kampfe in erster Linie ein Erkennen der Grundfrage und des Wesens der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das Terrain muß zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterschaft scharf abgestochen werden. Nur der kann ein würdiger Streiter für die christliche Arbeiterschaft sein, der sein Ziel und den Weg, der dahin führt, klar vor Augen sieht. Wir wollen mit dem Abschluß des Jahres 1909 uns von neuem geloben, stets tapferstichtige Mitglieder unseres Verbandes zu sein. In diesem Sinne allen ein glückseliges neues Jahr!

Die Streikversicherung der Arbeitgeber im deutschen Reich.

Lehentlich den gewerkschaftlichen Berufsverbänden der Arbeiter haben auch die Unternehmervereinigungen für eine materielle Unterstützung ihrer Mitglieder in Streikfällen gesorgt. Die Streikversicherung ist ein Kampfmittel der Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. Das Mitbestehen 1909 des „Reichs-Arbeitsblattes“ veröffentlichte eine ausführliche Statistik über den gegenwärtigen Stand der Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber. Bevor wir auf dieselbe näher eingehen, erwidert es uns notwendig, zum besseren Verständnis einiges aus der geschichtlichen Entwicklung des Gedankens einer Streikversicherung unter den Arbeitgebern anzuführen.

Die ersten Bestrebungen in bezug auf eine Streikversicherung reichen zurück bis in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Schon damals, als man von einer tatkräftigen Arbeitnehmer-Organisation im eigentlichen Sinne des Wortes noch nicht sprechen konnte, sann man auf Mittel und Wege, wie den Schäden und materiellen Verlusten, hervorgerufen durch Streiks und Ausperrungen, gesteuert bzw. wie ihre finanzielle Wirkung auf den Einzelnen gemildert werden konnte. Als erste, bedeutungsvollere Frucht dieser Bestrebungen trat der „Auslandversicherungsverband für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ ins Leben. Nach dem im Jahre 1891 veröffentlichten Geschäftsbericht umfaßte derselbe damals 105 Ruhrkohlenzechen und hatte ein Versicherungsvermögen von 1454924 Mark. Im gleichen Jahre bezahlte dieser Verband an Entschädigungen für bestreite Betriebe über 230000 Mark. Weiterwärtigerweise hat man seit dem Jahre 1891 von diesem Verbands in der Öffentlichkeit nichts mehr gehört, um so mehr hat derselbe aber im geheimen eine recht rege Tätigkeit entfaltet. Es ist nachgewiesen, daß der Verband gelegentlich des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 an seine Mitglieder recht bedeutende Entschädigungsbeiträge bezahlte. (Kulemann, S. 3, Seite 197.) Bescheiden für die Tendenz dieses Verbandes ist die Tatsache, daß sein Verschwinden vor der Öffentlichkeit mit einem Ministertatlaß von 1892 zusammenhängt, der bei dem genehmigungspflichtigen Versicherungsverband die Gewährung der Entschädigungsgelder an Versicherungsnehmer von dem Nachweis abhängig macht, daß die Betroffenen (die bestreikten Betriebe) ein Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht eingeleitet hätten. (Gesetz betr. Versicherungsgesellschaften.) Sehr satyrisch und treffend bemerkt dazu Dr. W. Zimmermann-Berlin in seinem Aufsatz über die Streikversicherung der Arbeitgeber: „Kohlenzechenbesitzer vor dem gewerblichen Einigungsamt mit ihren Arbeitern verhandeln — das Schauspiel ist uns in Deutschland wohl noch nicht befehrt worden.“

In den darauf folgenden Jahren sind an bedeutungsvolleren Gründungen auf diesem Gebiete erfolgt: Der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband, die Streikabwehrorganisation der Wuppertaler Nienndreher und -Rechter, verschiedene Brauereiverbände zum Schutze gegen Verrückterklärung u. a. m. Alle diese Verbände und Verbändchen waren mehr oder weniger isolater Natur und beschränkten sich auf eng gezogene Gebiete und Erwerbsgruppen.

Der Leitung des Bundes der Industriellen entsprang sodann die im Jahre 1897 gegründete Streikversicherungs-Gesellschaft „Industria“. Der geistliche Urheber dieses, als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Mark gegründeten Unternehmens, war der Fabrikbesitzer D. Weigert in Berlin. Das äußerst schnell und gut fundierte Unternehmen löste sich nach kaum 1/2-jährigem Bestehen wieder auf. Neuester interessant sind die Gründe, die zur Auflösung führten. In den Satzungen für die Unterjährigberechtigung war nämlich zur Bedingung das zwangsweise Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht gemacht. Wer also Streikunterstützung bzw. Entschädigung haben wollte, mußte den Nachweis erbringen, daß er mit seinen Arbeitern vor dem Gewerbegericht gewesen war, um eventuell eine Einigung herbeizuführen. Auf diese Art und

Weise mußten aber die Arbeiter bzw. deren Organisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden. Gegen diesen Fundamentalfall sozialen Friedens häuften sich aber das Herrenmenschtum der übergroßen Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber auf. Infolgedessen ging die erste deutsche „Streikversicherung“ im Jahre 1898 in die Brüche. In den darauffolgenden Jahren schied der Gedanke der Streikversicherung in Arbeitgeberkreisen an Bedeutung verloren zu haben, wenigstens wurden keine ähnlichen Anstrengungen gemacht, die das Gegenteil rechtfertigten. Erst der große Textilarbeiterstreik in Grimnitzham im Jahre 1902 brachte die Frage der Streikversicherung aufs neue ins Rollen. Von dieser Zeit an datieren auch die mehr oder weniger zahlreichen Gründungen verschiedener Streikversicherungs- und Streikentwärtigungsgesellschaften. So im Tuchfabrikantenverein zu Nachen-Burkheim, im Verband süddeutscher Holzindustrieller, im Arbeitgeber-Verein deutscher Tischlermeister und Holzindustrieller zu Berlin, im Verein deutscher Fleischfabrikanten u. a. m.

Im Jahre 1904 fand die Organisation der deutschen Unternehmer eine stärkere Zentralisation in den beiden großen Verbänden „Hauptstelle“ und „Verein“ deutscher Arbeitgeber. Die weitere Entwicklung des Problems der Streikversicherung lehnte sich nun im wesentlichen an diese beiden Zentralorganisationen an. Die Lösung dieser recht schwierigen Frage ist bis heute durchaus nicht einheitlich und systematisch erfolgt, sondern wir unterscheiden in der Hauptsache zwei Richtungen, eine, die die Arbeitgeberorganisationen selbst zu Trägern der Streikversicherung macht und eine, die besondere Entschädigungsgesellschaften ins Leben gerufen hat. Außerdem gibt es noch außerhalb der beiden Zentralorganisationen besondere Gesellschaften für Streikentwärtigung, so daß sich uns ein sehr mannigfaltiges, wenn nicht gar verworrenes Bild entfaltet. Wir folgen nun dem „Reichs-Arbeitsblatt“.

Von einer eigentlichen Streikversicherung im richtigen Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden, d. h. ein gesetzlich gewährleisteter Rechtsanspruch auf eine Unterstützung wird von keiner Gesellschaft gewährt. Diese Maßnahme entspricht zum größten Teil versicherungstechnischen Schwierigkeiten. Ferner unterliegen alle Versicherungsunternehmen laut Reichsgesetz vom 12. Mai 1901 der Kontrolle des Reichsamts für Privatversicherungen. Auf die Bedingungen, die das Gesetz in verschiedener Hinsicht vorschreibt, konnten selbst die Arbeitgeber schon aus finanziellen Gründen nicht eingehen. Es soll daher von „Streikversicherungen“ die Rede sein bei jenen Gesellschaften, die in ihren Satzungen festgesetzte Regeln und deren Mitglieder einen moralischen Anspruch auf eine Unterstützung haben (ähnlich wie bei den Gewerkschaften der Arbeiter) und von „Streikentwärtigung“ bei Gesellschaften, deren Mitglieder ein statutarisches Recht auf Unterstützung nicht zugeht, sondern die nur eine Unterstützung von Fall zu Fall gewähren.

Oben haben wir schon angeführt, daß hauptsächlich zwei Richtungen in Betracht zu ziehen seien.

1) Die Streikversicherungs-Gesellschaften, die ohne Rücksicht auf die Arbeitgeberorganisationen als selbständige, wenn auch rechtlich nicht volle Gesellschaften eine Streikunterstützung an ihre Mitglieder bezahle. Die Statistik führt 13 derartige selbständige Gesellschaften auf. Darunter waren:

Reichsverbände	6
Landesverbände	6
Ortsverbände	1

Unter diesen 13 Verbänden waren zwei Gesellschaften rückerbüchert; dieselben beschäftigten zusammen 775825 Arbeiter.

2) Arbeitgeberverbände, die selbst Träger einer „Streikversicherung“ bzw. „Streikentwärtigung“ sind. Derartige Verbände waren es insgesamt 35, darunter 26 Verbände mit „Streikversicherung“ und 9 Verbände, die „Streikentwärtigung“ gewähren von Fall zu Fall. Von den erstgenannten waren:

Reichsverbände	8
Landes- und Bezirksverbände	11
Ortsverbände	7

22 Verbände machten Angaben über ihre Mitgliederverhältnisse und über die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Danach waren es 1169 Mitglieder, die 629509 Arbeiter beschäftigten. Von den 9 Verbänden, die nur eine „Streikentwärtigung“ von Fall zu Fall gewähren, waren:

Reichsverbände	4
Landes- bzw. Bezirksverbände	1
Ortsverbände	4

Dieselben hatten 963 Mitglieder, die 97899 Arbeiter beschäftigten.

Die Einnahmen der Streikversicherungs-Gesellschaften setzen sich zusammen aus: a) Eintrittsgeldern; b) laufenden Beiträgen; c) eventuellen Nachschüssen. An Eintrittsgeldern erheben:

1 Gesellschaft:	1/2% d. ang. Jahreslohn = 2,— p. 1000 M.
6 „	1/2% „ „ „ = 2,50 „ „
2 „	1/2% „ „ „ = 5,— „ „
3 „	1/2% „ „ „ = 10,— „ „
6 „	haben feste Sätze, die sich wieder in verschiedenen Höhen bewegen; erheben kein Eintrittsgeld.
16 „	
2 Gesellschaft:	1/2% d. ang. Jahreslohn = 2,50 p. 1000 M.
1 „	1/2% „ „ „ = 5,— „ „
7 „	1/2% „ „ „ = 10,— „ „

43 Firmen eine Entschädigung bis 1000 M.

Die Gesellschaft schließt mit einem Ueberfluß von 32154 M. ab.

Jerner hat der Arbeitgeberverband „Unterelbe“ zur Entschädigung bei Arbeitsverhältnissen im Jahre 1908 für 41464 Mann eine Unterstützung in Höhe von 27838 M. bezahlt an seine Mitglieder.

Von den anderen Verbänden liegen ausführliche Mitteilungen über Einnahme und Ausgabe nicht vor.

Die angeführten Zahlen sind an und für sich recht klein und unbedeutend gegenüber den Leistungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Streikunterstützung.

Sie sind uns auch ein Beweis dafür, daß die Streikversicherungsidee bei den Arbeitgebern noch sehr in den Anfängen steht.

Auch fehlt ihr der Zug ins Große und Einzelliche. Wir sehen auf diesem Gebiete noch viel zu viel Zersplitterung, gegen die die Geschlossenheit und Zentralisierung der Arbeiterorganisationen vorteilhaft absteht.

Nun noch kurz eine Betrachtung: Was haben die Gewerkschaften von der Streikversicherung der Arbeitgeber zu fürchten? Vor allen Dingen dürfen wir sie nicht über aber auch nicht unterschätzen.

Ohne Zweifel bietet die Streikversicherung den Unternehmern, und hauptsächlich den kleineren, eine gewisse Rückensicherung. In sehr wenigen Fällen der Arbeitgeber freilich auch nicht in den Himmel wachsen, dazu ist die heutige Gewerkschaftsbewegung schon viel zu sehr ein Machtfaktor geworden.

Dann geht aber auch aus der Absicht der Gewerkschaften, hauptsächlich aus den Lehrenden, heute schon recht deutlich hervor, daß sie die Verantwortung für große Massenunterstützungen seitens der Arbeitgeber nicht übernehmen können und werden.

Einzelne Gesellschaften lehnen es direkt ab, bei Generalunterstützungen Unterstützung zu zahlen. Durch übermäßige Schamacherpolitik werden die Herren schon sehen, wie bald sie vor leeren Kassen stehen, und belamäsigt wird man niemals vernünftiger, als wenn man in den eigenen Geldbeutel greifen muß.

Wenn das Verantwortungsgewußt der Arbeitgeber durch die Streikversicherung gefährdet und gelähmt wird, wenn sie einsehen, daß ein Streik ungeheure Summen verschlingt und nach beiden Seiten schwere Wunden schlägt, wenn sie ferner einsehen lernen, daß es daher vernünftiger und für beide Teile vorteilhafter ist,

den goldenen Mittelweg der Verhandlung zu gehen, dann haben die Gewerkschaften die Streikversicherung der Arbeitgeber nicht zu fürchten, sondern im Gegenteil, sie können dieselbe dann nur begrüßen.

Ein „wilder“ Streik von Mitgliedern eines „gelben“ Arbeitervereins.

Als vor einigen Jahren die christlich-organisierten Arbeiter in der „Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg“ mit Forderungen an die Firma herantraten, erlanten plötzlich — jedenfalls auf Eingebung von „oben“ hin — einige von den Angestellten und Beamten der Firma die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gründung eines „gelben“ Arbeitervereins.

Mehrere hundert Arbeiter ließen sich betören und wurden Mitglieder desselben. Es sollen allerdings viele „aus ihrem Herzen eine Würdegrube gemacht“ und niemals einem Menschen etwas von ihrer Mitgliedschaft zum gelben Vereine verraten haben. Andere Arbeiter blieben den Bestrebungen überhaupt ganz fern.

Am 16. Dez. cr. trat plötzlich ein Ereignis ein, was sich die Drahtzieher vom gelben Arbeitervereine Bamberg wohl niemals haben träumen lassen.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wird es ihnen vorgekommen sein, als am genannten Tage fast wie auf Kommando mehrere hundert Webereiarbeiter, zum weitaus größten Teile Mitglieder vom gelben Arbeiterverein, die Arbeit einstellten und geschloffen den Betrieb verließen.

Und dieses trotz der „Ordnungsliebe“ und der „Zufriedenheit“, die ihnen der gelbe Verein anmerzogen haben will. Wie war so etwas möglich?

Schon seit geraumer Zeit wurde der Verdienst der Webereiarbeiter hauptsächlich durch Verarbeitung schlechten Materials wesentlich verringert. Hinzu kamen dann die manchmal viel zu hohen, von den Webern beswegen bitter empfundenen Strafen.

Es war mit einer Bestrafung in der Regel auch ein Prämienfortfall verbunden, wodurch die Webereiarbeiter oft in 12 Arbeitstagen drei, vier, fünf Mark Lohn und manchmal noch mehr einbüßten.

Durch viele, unsern Bezirksleiter von den Arbeitern zur Verfügung gestellten Votzettel kam jederzeit nachgewiesen werden, daß in den letzten Monaten von verheirateten Familienvätern Wochenlöhne von 12,50 Mark, 11,00 Mark, 10,00 Mark, ja von 9,50 Mark verdient wurden.

Ganz rüftige, im besten Mannesalter stehende Arbeiter, die nur nach Ableistung ihrer Militärdienstzeit eingestellt wurden, erhalten nur zwei Mark Tagelohn.

Tagelöhner, die für sich und ihre Familien sorgen müssen, verdienen täglich 2,20 Mark. Die Ungleichheit der Arbeiterlohn wurde noch größer, als man vor einiger Zeit die Stückpfeiler und kurz darauf auch die Handwerker, die um eine Lohnaufbesserung nachgesucht hatten, auf „bessere Zeiten“ verdrängte.

Hier muß bemerkt werden, daß weder die Stückpfeiler noch die Handwerker einer gewerkschaftlichen Organisation angehörten. Etwa acht Tage vor dem „wilden“ Streik erfolgte dann noch zu allem Ueberflusse die Kündigung unseres zweiten Ortsgruppenvorsitzenden und Arbeiterausschußmitgliedes, Kollegen Vorjäger, angeblich weil er ein „gelbes“ Arbeitervereinsmitglied beleidigt habe, in Wirklichkeit aber deswegen, weil Kollege Vorjäger außerhalb des Betriebes für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes mit gutem Erfolge tätig war.

Vom Betriebsleiter der Spinnerei und Weberei, Herrn Kommerzienrat H. Semlinger selbst ist in einer Sitzung des Arbeiterausschusses auf diese Tätigkeit des Kollegen Vorjäger hingewiesen worden. Kollege Vorjäger, der in der Spinnerei beschäftigt war, hat die Arbeitsunterbrechung der Webereiarbeiter nicht organisiert, denn diese ist erst dann erfolgt, nachdem Herr Semlinger einen von ihm einseitig ausgearbeiteten Tarif, der unter Umständen 100 und mehr Webern eine Lohnvermehrung gebracht hätte, den Webereiarbeitern präsentiert.

Der neue Tarif war kaum angekündigt, als schon die ganze Weberei still stand. Sie nicht anders zu erwarten war, verhandelte die Betriebsleitung erst dann mit dem Arbeiterausschuß, nachdem von den Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Dieses geschah in erster Linie infolge der angelegentlichsten Bemühungen der führenden Kollegen unseres Verbandes, schon nach kaum einwöchiger Dauer des Streiks. Die Betriebs-

leitung kam hierauf auch den nunmehr ordnungsmäßig vorgebrachten Wünschen der Arbeiterschaft in etwa entgegen. Der alte Tarif soll bestehen und die 10%ige Feuerungszulage beibehalten werden. Ferner sollen die Löhne der Webereiarbeiter um 5% aufgebessert werden.

Ueber gewisse Vorgänge vor und während des Streiks sind durch Erkundigungen des Herrn Semlinger in der hiesigen Tagespresse, wie o. durch das Bamberger Korrespondenzbüro Hoffmann, zum Teil ganz unzutreffende Darstellungen gegeben worden. In der uns freundlich gefügten Tagespresse sind bereits Richtigstellungen unsererseits erfolgt. Wir wollen uns an dieser Stelle auf die Feststellung folgender Tatsachen beschränken:

Von tumultuösen Szenen, die sich unter der streikenden Arbeiterschaft abgepielt haben sollen, wußten das „Bamberger Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ und noch andere Blätter zu berichten. Daß eine Erregung die Arbeiterschaft beherrschte, ist in anbetrachter der Umstände zu verstehen; zu Ausschreitungen, welche das Eindringen der Gendarmerie wirklich erforderlich hätte machen können, ist es nicht gekommen. Die Erregung steigerte sich allerdings zur Entzündung, als vier Mann Gendarmerie mit geladenen Revolvern ständig die Arbeiter bewachten. Daß da Entzündungskruze fielen, ist nicht zu verwundern.

Die Arbeiter sahen darin einen ungerechten und unklugen behördlichen Eingriff zugunsten des Arbeitgebers. Auch streikende Arbeiter können Schutz der Behörde beanspruchen. Haben sie nicht ihre Kraft für das Geschäftsbetrieb hergegeben? Haben sie nicht mitbehalten zu den guten Geschäftsergebnissen? Der Schaffenskraft der Arbeiter ist es mit zu verdanken, daß die Spinnerei und Weberei Bamberg im Jahre 1908 27 1/2%, im Jahre 1909 25% Dividende anbezahlen konnte. Da stellen die Arbeiter billige und gerechte Forderungen — man bietet Gendarmerie auf.

Von einer „maßlosen Agitation der letzten Wochen“, wie Herr Semlinger in der Tagespresse meint, und von einer „Injanzierung des Streiks“ durch unsern Verband, wie beispielsweise die „Augsburger Abendzeitung“ in ihrer Nr. 352 vom 19. ds. Mts. schrieb, kann durchaus keine Rede sein. Die wahren Ursachen der Streikbewegung haben wir bereits oben geschildert. Dann kommt auch noch hinzu, daß bei dem Ausbruch des Streiks von den etwa 400 streikenden Webereiarbeitern nur 32 christlich organisiert, ein anderer Teil unorganisiert, der weitaus größte Teil aber damals noch dem gelben Arbeiterverein angehörte.

Während und kurz nach dem Streik sind nun allerdings alle 400 Weberei, mehrere hundert Spinnerei- und sonstige Arbeiter, zusammen mehr als 800 Arbeiter und Arbeiterinnen unsern Verbande beigetreten.

Es ist eine Unwahrheit, wenn die „Augsburger Abendzeitung“ von einer „Disziplinlosigkeit der Arbeiter“ berichtet. Wenn es aber zu tatsächlichen Ausschreitungen und Disziplinlosigkeiten durch die Arbeiter gekommen wäre, könnte man dafür nicht unsern Verband verantwortlich machen, sondern nur einzeln und allein jene, die nichts unversucht gelassen haben, die Arbeiter von dem Beitritt zu unserer Organisation abzuhalten.

Wenn die Betriebsleitung der „Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg“ in einer Erklärung in den Tageszeitungen meint bedauern zu müssen, daß eine maßlose Agitation der letzten Wochen zur Störung des bisher friedlichen Verhältnisses beigetragen hat, so müssen wir im Interesse des sozialen Friedens und im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Firma und Arbeiterschaft bedauern, daß die Betriebsleitung selbst zur Störung des friedlichen Verhältnisses dadurch am allermeisten beigetragen hat, daß sie von jeder von einer wirklich berechtigten Forderung der Arbeiterschaft, von einer praktischen Anerkennung und Respektierung des Vereinigungsrechtes der Arbeiterschaft nichts wissen wollte. Wir bedauern ferner, daß die Betriebsleitung einseitig einen schriftlichen Tarif ausgearbeitete und ihn den Arbeitern in der Weberei präsentierte, ohne vorher den Tarif den heranzehenden Vertretern der Arbeiter, dem Arbeiterausschuß, zur Ausrückung vorgelegt zu haben. Wir bedauern dieses deswegen, weil nach unserm Dafürhalten auch darin eine Ursache zu dem ganz plötzlichen, und wie wir nicht ansehen zu erklären, widerrechtlichen Vorgehen der Arbeiter zu erblicken ist.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Statistik.

Die Berichterstattungskarten für die Arbeitslosen-Statistik vom vierten Quartal 1909 müssen spätestens am 4. Januar 1910 an die Zentrale eingeleitet werden. Im letzten Quartal hat eine Anzahl Ortsgruppen diese Karte nicht eingeleitet, wir hoffen jedoch diesmal, daß jede Zahlstelle ihrer Verpflichtung in dieser Sache nachkommt.

Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Lobberich.

Der Streik der Stoffweber bei der Firma Niedick steht auf dem alten Fleck. Die Firma hat im Laufe der verfloffenen Woche schwarze Listen an die Fabrikanten des Niederrheins versandt. Eine Anzahl soll aber zurückgeschickt worden sein. Also bei der Firma Niedick haben die Arbeiter bei voller Beschäftigung ein Durchschnittsverdienst von täglich kaum 2 M.; von diesem Verdienst will die Firma noch 20% abziehen. Wenn die Arbeiter sich nun dagegen wehren und anderwärts Arbeit suchen, werden sie gesteuert. Diese harten Maßnahmen liegen nicht im Interesse der Firma. Es ist doch jedem sozial denkenden Menschen klar, daß die Arbeiter für einen solchen geringen Verdienst nicht arbeiten können und auch nicht arbeiten werden. Möge die Firma die Lohnreduktion zurücknehmen und die Artikel, wenn sie unrentabel sind, fahren lassen; denn Arbeit, welche den Arbeiter nicht ernährt und dem Arbeitgeber Einbuße auferlegt, wird auf die Dauer so wie so nicht zu führen sein.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Amern.

Die Ortsgruppe unseres Verbandes hatte in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Versammlung einberufen, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende Rügges eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache und erteilte zum ersten Punkt der Tagesordnung, Vortrag über die Pflichten der christlichen Arbeiter, dem Kollegen Werner A. Duisburg, Metallarbeiter, das Wort. Derselbe führte den Anwesenden die Notwendigkeit der christlichen Berufsverbände und die Pflicht, sich zu organisieren, in nahezu zweifelhafte Ausführungen vor. Rügges ließ den Vortrag seinen Ausführungen zuteil. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Debe der Sozialdemokratie gegen die christlichen Gewerkschaften“ referierte Kollege Reich. Er zeigte den Anwesenden an Artikeln der „freien Gewerkschafts-Presse“, wie die religiöse Ueberzeugung der auf christlicher Weltanschauung stehenden Arbeiter von jener Seite verunglimpft würden, ferner, wie man dort bemüht sei, die christlichen Gewerkschaften und ihre Arbeit zu vernichten. Namentlich behandelte Redner den Unfall der Genossen gegen unsere Bewegung anlässlich der Reichsfinanzreform. Auch diese Ausführungen wurden heftig aufgenommen. Nachdem noch ein Kollege der Heiligkeit für ihr Ergehen gebetet und Herr Harver Postmann warme Worte an die Arbeiterschaft gerichtet hatte, wurde die schön verlaufene Versammlung vom Kollegen Rügges mit einem kurzen Schlusswort geschlossen.

Cottbus.

In unserer Generalversammlung am 12. Dezember wurde der Kollege Starke zum Schriftführer gewählt; Revisoren blieben die Kollegen Bader und Schreiber. Ueber die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Religion und Politik sprach dann noch Kollege Wigt-Jork. In der Diskussion kam das rege Interesse der Mitglieder voll zum Ausdruck.

Griesheim a. Main.

Wir kommen hier vorwärts mit unserer Gewerkschaftsbewegung, seitdem die in der hiesigen Wachsstockfabrik beschäftigten Arbeiter, insbesondere aber die Arbeiterinnen, einsehen gelernt haben, daß man sich selbst großen Schaden zufügt und daß es eine ganz falsch angebrachte Sparsamkeit ist, wenn man aus Beitragsrüden sich nicht gewerkschaftlich organisieren will. Jahrelang haben unsere Kolleginnen den Beitrag zum Verbands sparen wollen und sind den wiederholten Rufen der Organisation nicht gefolgt. Da ließ nun vor einiger Zeit die Firma durch Anschlag bekannt machen, daß eine Reduzierung der Löhne um 15—25% erfolgen würde. Und nun wurde die Arbeiterschaft auf einmal nachdenklich und suchte Schutz in unsern Verbänden. Unser zweiter Zentralvorsitzender, Kollege Eifertich, wurde in Verbindung unserer Bezirksleiter beim Vertreter der Firma vorstellig und verurteilte die Firma zur Zurücknahme der bekannt gegebenen Lohnreduzierung zu veranlassen, allerdings ohne den gewünschten Erfolg zu erreichen, was angesichts der bisherigen schlechten Organisationsverhältnisse ja vorauszu sehen war. In

Einige wichtige Fragen aus der Volkswirtschaft.

II.

Wir hatten am Schlusse unseres vorigen Artikels gesagt, daß sich die organisierte Arbeiterschaft den technischen Neuerungen resp. der Einführung neuer Maschinen nicht entgegensetzt, sondern darauf bedacht ist, daß die mit der Einführung verbundenen, die Arbeiter schädigenden Nebenwirkungen vermieden oder doch möglichst abgemildert werden.

Werden durch die Einführung arbeits-sparender Maschinen Arbeiter beschäftigungslos?

Ist der Uebergang vom veralteten zum neuen Arbeitssystem zu rapider, so ist in der Regel mit Ausschaltung einer Anzahl Arbeiter zu rechnen, und die betroffenen Arbeiter, Einzelne und Familien haben beizugeben eine entsprechende Fürsorgefähigkeit zu entfalten durch Saugungsmaßnahmen von Arbeitslosen, Heranziehung neuer Jugendkräfte in die gefährdete Gegend hin. Auch die Arbeiterorganisationen können hier durch Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung viel zur Entlastung der Not der betroffenen Arbeiter beitragen.

Trotz der geschilderten Uebelstände wäre es verfehlt, wenn sich die Arbeiter der Einführung neuer Maschinen einfach widersetzen wollten. Dem technischen Fortschritt würde sich die Arbeiterschaft doch vergebens entgegenstellen. Dafür bietet die Handwerkerbewegung im Kreis der Bezirke ein typisches Beispiel. Wer sich mit dieser Bewegung näher vertraut machen will, lese das vorzügliche Buch von Dr. Heinrich Brauns, „Der Uebergang der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Rheinprovinzlichen Saal- und Seidenindustrie.“ Be-

züglich der Wirkungen der technischen Neuerungen läßt sich heute wohl noch daselbe sagen, was vor etwa hundert Jahren der französische Nationalökonom J. B. Say schrieb:

„Es gibt eine neue Maschine oder überhaupt irgend eine Erfindung, welche die Arbeit, an die Stelle einer schon in Gang befindlichen Menschenthätigkeit tritt, wird einen Teil der industriellen Hände, deren Dienst mit Vorteil vertreten wurde, geschäftlos. Gleichwohl wäre es Torheit, Verbesserungen, welche der Menschheit für alle Zeiten heilsbringend sind, wegen der Nachteile zu verwerfen, welche anfänglich aus der Einführung entspringen könnten und welche ohn- und nachher durch die gewöhnlich damit verbundenen Umstände gemildert werden.“

Auch würde man durch ein Verbot des Gebrauchs einer neuen Maschine vergeblich das mit ihrer Einführung verbundene vorübergehende Uebel zu hinterziehen suchen. Das Ausland beunruhigt oder wird sie benutzen; dadurch werden dessen Produkte minder kostspielig als die von anderen Arbeitern erzeugten. Die Wohlthätigkeit der ausläubigen Probezeit wird anderen Arbeitern notwendig ihre Abschnürer und damit ihre Brot entziehen.“

Zum Beweise für diese Behauptung zieht Say ein prächtiges Beispiel an: Waren die Baumwollspinnerei der Normandie, welche im Jahre 1789 die bei ihnen eingeführten Spinnmaschinen geriet, bei ihren alten Schrittlern, so hätte man in Frankreich aller Produktion von Baumwollgeweben entgegen zu setzen; man hätte sie vom Ausland bezogen oder durch andere Spinnereien ersetzt und die normannischen Spinner, welche am Ende des 18ten in den großen Spinnereien untergekommen sind, ständen von Arbeit jetzt noch entbittert.“ Der Autor schreibt dazu weiter:

„Der Regel nach vermindert die Verbesserung eines Produktes dessen Preis; die Wohlthätigkeit er-

weitert dessen Absatz und die Produktion beschäftigt, trotz ihrer Vereinfachung, gar bald mehr Arbeiter als zuvor. Ein sehr auffallendes Beispiel von dieser Wirkung liefert uns die Buchdruckerei. (Ich rede hier nicht von dem Einflusse, den die Buchdruckerei auf die Verallgemeinerung der menschlichen Kenntnisse und die Zivilisation gehabt hat, sondern ich betrachte sie nur nach ihrem wirtschaftlichen Verhältnisse.) Vom Augenblicke ihrer Einführung an wußte ein Herr von Abschreibern herlos, denn man kann rechnen, daß ein einziger Buchdruckereiarbeiter soviel aufschaffe als zweihundert Kopisten. (Bei diesem Vergleiche hatte Say wohl nur die damals gebräuchliche Handdruckerei im Auge. D. B.) Folglich sollte man glauben, daß unter 200 Arbeitern 199 herlos blieben. Allein, was erfolgte? Der Umstand, daß Druckdrucker sich bequemer lesen als Handdrucker, der geringe Preis, woraus die Bücher heranzubringen, die Aufmerksamkeit, welche aus dieser Erfindung für die Autoren entsand, weit mehr Schreibern zur Unterhaltung oder zum Unterricht zu verschaffen, alle diese Ursachen bewirkten, daß nach sehr kurzer Zeit mehr Buchdruckereiarbeiter angestellt waren als vorher Kopisten. Und könnte man gegenwärtig genau berechnen, wie stark die Zahl dieser Druckerarbeiter und aller der Gewerbetreibenden sei, die von der Druckerlei beschäftigt werden, wie die Formenschnitzer, Schriftsetzer, Papiermüller, Grotzschreiber, Korrektoren, Buchbinder, Buchhändler usw., so würde sich vielleicht ergeben, daß die Menge der durch die Buchdruckerei in Arbeit gesetzten Hände hundertmal größer sei als die, welche vor der Erfindung der Buchdruckerei durch sie ernährt ward.“

So schrieb der französische Gelehrte zu einer Zeit, als der Pastor und der Apotheker noch ziemlich die einzigen Personen im Dorfe waren, welche eine Zeitung lasen.

Die Arbeitsteilung.

Als Arbeitsteilung bezeichnet man seit Adam Smith die Zerlegung der zur Herstellung eines Produktes erforderlichen Arbeiten in dem Sinne, daß der gleiche Arbeiter immer die gleichen Teile eines Produktes herstellt.

Die Vorteile, welche für die Produktion aus der Arbeitsteilung entspringen, lassen sich in folgendem zusammenfassen:

1. Durch die beständige Wiederholung stets derselben Arbeitsverrichtung erhöht sich die Geschwindigkeit des Arbeiters.
2. Die Arbeit braucht keine Unterbrechung zu erleiden durch Wechsel des Arbeitsplatzes oder Umstellen der Werkzeuge.
3. Den Arbeitern können, je nach dem Grade ihrer Ausbildung und Geschicklichkeit, ihrem Alter, Geschlecht und körperlichen Kräften entsprechend, die schwierigeren oder leichteren Arbeiten zugewiesen werden. Es vorteilhaft eine weitgehende Arbeitsteilung auch ist, so kann sie doch nicht bis Ungemeinere durchgeführt werden, sie unterliegt vielmehr gewissen Beschränkungen. Diese sind zu suchen: In der Ausdehnung des Absatzgebietes. Jezu Arbeiter können (nach Say) täglich 48000 Stachadeln fabrizieren. Dies läßt sich aber nur da durchführen, wo täglich eine gleiche Anzahl abgenommen wird, denn, soll die Sonderung so weit getrieben werden, so muß ein einzelner Arbeiter sich mit dem Schärfe der Nadeln beschäftigen, während jeder der anderen mit einem anderen Teilchen der Nadelverfertigung zu tun hat. Brauchte man täglich nur 24000 Nadeln, so müßte jeder entweder einen halben Tag feiern oder noch ein anderes Fabrikationsstück hinzu nehmen, wodurch die Arbeitsteilung schon minder sein würde. (Fortsetzung folgt.)

Zwei gut besuchten Versammlungen, in denen einmal Kollege Sissenich und ein andermal Kollege Müller aus Bamberg referierten, traten über 50 Arbeiter und Arbeiterinnen unserm Verbande bei.

Seit. In der am 12. Dez. von unserer Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung referierte Frau Niebach-Düffeldorf über das Thema: „Gewerkschaft und Familie“. Der geräumige Saal war fast überfüllt.

Herrings-Dahl. Dem in der gutbesuchten Generalversammlung am 12. Dez. erstatteten Jahres- und Kassenbericht, umfassend die Zeit vom 1. Okt. 1908 bis 1. Okt. 1909 entnahmen wir: Es haben 10 Mitgliedervereine stattgefunden, in denen die verschiedensten Fragen behandelt wurden.

Wiesen. (Bezirk Dorf.) In unserer Versammlung vom 19. Dez. wurden, nachdem die Kassenrechnung den Quartalsbericht gegeben hatte, die Vorstandswahlen getätigt. Es wurden wiedergebählt die Kollegen Jos. Köhler und Mathias Moors, neugewählt der Kollege Josef Schöpfes.

NB. Die Ausgaben des ersten Halbjahres konnten nicht aufgeführt werden, weil die Buchführung auf der Geschäftsstelle erst seit dem 1. April getrennt vorgenommen worden.

Holt. Mit herzlichem Begrüßungsworten an die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und deren Angehörigen, sowie besonders an den Gesangverein „Concordia“ von Holt, welcher in dankenswerter Weise seine Mitwirkung zur Verschönerung des Festes zugesagt hatte, eröffnete der Vorsitzende unsere letzte Familienfeier.

Münchenberndorf. Nach längerer Pause hatten wir am 27. Nov. wieder eine öffentliche Versammlung. Als Referent war Kollege Camps aus Münster i. W. erschienen. Anknüpfend an den Bericht der alten Kunstformungen und das Aufkommen der Gewerbesteuern zeichnete er ein klares Bild der industriellen Entwicklung im letzten Jahrhundert.

Wplau-Regischa. Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Die bürgerliche Zeitungen berichten, ist der Geschäftsführer Regischa der Wplau-Regischa des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, nachdem er wegen Unredlichkeit in der Kassenführung von der Verbandseitung seines Amtes enthoben war, Anfang November spurlos verschwunden und hat seine Frau mit fünf Kindern im Stich gelassen.

Der Vorstand des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes hat auch die Stelle bereits in Nr. 47 des „Textilarbeiters“ ausgeschrieben.

Corau N.-V. Unser Vorsitzender legte in der Generalversammlung am 15. Dezember sein Amt nieder; an seine Stelle wurde Kollege Peter Köcher gewählt. Ferner wurden gewählt die Kollegen Julius Helbig als zweiter Vorsitzender, Albert Hiebig als Kassierer, Selma Nidel als Schriftführerin, Raul Scheller als Beisitzer, Max Albert in die Agitationskommission.

Wenn. Am 18. Dez. hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. In derselben referierte der Bezirksvorsitzende Hermes über die Frage der Arbeitsnachweise. Eine anziehende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Bei der Wahl des Vorstandes wurden der Vorsitzende und ein Beisitzer wiedergewählt, der Schriftführer neu gewählt.

Die starke Knappheit hat weiterhin einen lähmenden Einfluss auch auf das Warengeschäft und damit auf die Textilbranche ausgeübt, scheint aber nunmehr in großen und ganzen überwunden zu sein. Für die Baumwollindustrie tritt indessen außer diesen allgemein die Geschäftstätigkeit erschwerenden Momenten noch die starke Steigerung des Rohbaumwollpreises hinzu.

Aus unserer Industrie.

Von den Textil-Rohstoffmärkten im November 1909.

Die starke Knappheit hat weiterhin einen lähmenden Einfluss auch auf das Warengeschäft und damit auf die Textilbranche ausgeübt, scheint aber nunmehr in großen und ganzen überwunden zu sein. Für die Baumwollindustrie tritt indessen außer diesen allgemein die Geschäftstätigkeit erschwerenden Momenten noch die starke Steigerung des Rohbaumwollpreises hinzu.

Während auf den Rohstoffmärkten die Krise zum größten Teile überwunden ist, befinden sich die Warenmärkte in einer ziemlich schwierigen Lage. Nicht so sehr tritt dies in der Preisbewegung hervor. Aber der Konsum hat energisch zurückgehalten, er ist keineswegs geneigt, die hohen Preise zu bezahlen.

Der Flachsmarkt verkehrte in ruhiger Verfassung. Im allgemeinen haben die Preise für den Rohstoff, die sich schon seit einiger Zeit auf stärkere Nachfrage in aufsteigender Richtung bewegten, weiter an dieser festgehalten.

Die Lage des Rohstoffmarktes war eine ausgesprochen ruhige und stark zurückhaltende. Die statistische Position läßt gegenüber dem Vorjahre zu wünschen übrig, indem die sichtbaren Weltvorräte Anfang November sich auf 3,10 Millionen Kilogramm beliefen (2,95 Millionen Kilogramm im Vorjahre).

Verbesserung im Spinnereibetriebe.

Eine in Chemnitz abgehaltene Versammlung der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, der auch Vertreter der Behörden, der Gewerbeinspektion u. a. m. bewohnten, beschäftigte sich mit einer für die Baumwollspinnerei hochwichtigen Angelegenheit mit bedeutenden Verbesserungen am Seltator, die der Spinnereibesitzer Dr.-Ing. Georg Bodemer in Hildopau erfunden hat.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der Papst und die Gewerkschaftsfrage. Die sozialdemokratische Presse ist wieder einmal hoch erregt, weil Papst Pius X. sich gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen haben soll. Der Sachverhalt ist folgender: In Italien besteht ein Kartell katholisch-sozialer Vereine (Unione Economico Sociale), das dem Papst ein neues Statut unterbreitete.

Es ist weder loyal noch vornehm, das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge setzen zu lassen, als ob es eine Randsache und Schmutzware wäre. Es ist ferner nicht abzusehen, bis zu welchem Punkte mit dem Begriff „christliche Gerechtigkeit“, der genügend weit und gefählich ist, der Geist der angeführten Verbände und folglich auch die Personen, die in den Vorstand gewählt werden, noch gelangen können.

Wie man in diesen Ausführungen eine Beurteilung der christlichen Gewerkschaften erblicken kann, ist ziemlich unverständlich. Katholische soziale Vereinigungen und christliche Gewerkschaften sind grundverschiedene Dinge und kann man dem Papste nur beipflichten, wenn er eine Vermischung der beiden für verfehlt hält und die vorgelegenen Praktiken der „Unione“ ablehnt.

Aus gegnerischen Organisationen.

Noch eine Illustration zum sozialdemokratischen Schnapsbott. Welch ein verlogenes Spiel der sozialdemokratische Schnapsbott ist, dazu zu den vielen anderen noch einen guten Beleg. Die in Oberfeld-Warmen erscheinende sozialdemokratische „Freie Presse“, von deren „Gefinnungslosigkeit“ wir schon in der vorigen Nummer eine Probe brachten, erläßt in ihrer Nummer vom 11. Dezember 09 folgende Aufforderung an ihre Leser:

Gegen den Schnaps.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands hat in Leipzig einstimmig beschlossen, über den Schnaps den Boykott zu verhängen. Somit Verweigerung der Schnapslieferung an die Junker als Schnapsbrenner und Verweigerung der Branntweinsteuern an die Regierung! Arbeiter, brachtet den Parteitagbeschluss!

Der den Arbeitern nicht unbekannt Dichter Leo Tolstoi schlägt übrigens für jede Schnapsfrage folgende Aufschrift vor: „Branntwein, ein für Leib und Seele schädliches Gift. Daher ist es Sünde, sowohl Branntwein zu trinken, als andere damit zu bewirten, noch größere Sünde, dieses Gift anzufertigen und damit Handel zu treiben.“

Dieselbe Zeitung bringt in derselben Nummer nicht weniger als sieben Inserate — größere und kleinere — worin die Arbeiter zum Kauf billigen und guten Tafels animiert werden.

Höher geht's nimmer! Mag die Redaktion der „Freien Presse“ mal darüber nachdenken, welche Aufschrift der angezogene Dichter Leo Tolstoi für die „Freie Presse“ und viele andere sozialdemokratische Zeitungsorgane vorschlagen würde, wenn er gewahrt würde, welch verlogenes Spiel diese mit dem Schnapsbott treiben. Daß die sozialdemokratischen Blätter ihren Lesern so offensichtlich einen Beweis ihrer „Gefinnungslosigkeit“ zu bieten wagen, läßt, um mit Sator zu reden, tief bliden.

Die ganze Unhaltbarkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms wie es in Erfurt im Jahre 1891 auf dem damaligen Parteitag festgelegt wurde, leuchtet aus einer Fragestellung in einem Artikel: „Individualismus in der Partei“ in der neuesten Nummer (25) der „Sozialistischen Monatshefte“ hervor, wo es heißt:

„Wie viele gibt es noch in der Partei, die bereit wären, das Erfurter Programm mit Haut und Haar zu schlucken? Wie viele sind noch fest davon überzeugt, daß die Entwicklung „mit Naturnotwendigkeit“ zum völligen „Untergang“ des gesamten Kleinbetriebs führt, daß die Bauern zu den reitungslos „verfallenden Mittelschichten“ gehören? Welcher Gewerkschafter wird noch zugeben, daß die wachsende Produktivität der menschlichen Arbeit für die Arbeiter nur „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, Erniedrigung, der Ausbeutung“ bedeutet? Wer sieht heute, daß die Krisen „immer umfangreicher und verheerender“ werden? Und wer glaubt in der Epoche der Gewerkschaftsbewegung und der durch sie bewirkten Sozialpolitik, daß die „allgemeine Un-

„Arbeit“ zum „Kleinbetriebe“ der „Kleinrentner“ geworden ist? Ein Punkt nach dem anderen wird aufgegeben, oder sein Geltungsreich wird abgeschwächt, und nicht nur von Reibhülften, sondern auch von den prinzipiellsten Reibhülften, aufgegeben, so fest man einmal daran glaubte, weil die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens sich an keinen Glauben binden, wohl aber die soziale Theorie, die nur Abstraktion aus den Tatsachen ist.“

Und ein solches Programm, an das in der Partei im Ernst kaum jemand mehr glaubt, darf doch immer den Charakter des offiziellen sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses für sich in Anspruch nehmen. Höher geht die Verlogenheit nimmer!

Ein Sozialdemokrat über das Steuerzahlen.

Obwohl ein einfacher Blick auf die Ausgaben und Zwecke des Staates schon lehrt, daß er für diese, die nicht zum wenigsten auch auf kulturellem Gebiet liegen, regelmäßige Einnahmen nicht entbehren kann, hört ein Teil der sozialdemokratischen Presse nicht auf, sich als Vertreter des famosen Sages: „Diesem System keinen Groschen“ weiter aufzuspielen, um so im „Volke“ billige Triumph zu ernten.

Der Berliner Delegierte glaubte, daß wir durch unsere Angabe des Verdienstes (in Flugblättern D. R.) der Steuerbehörde Material in die Hand geben. Wir, die wir doch mit wenigen Ausnahmen der Sozialdemokratie angehören oder ihr fast zuzurechnen sind, bekannlich Gegner indirekter Steuern aber wir sind keine Gegner der Steuer an sich.

Im Gegenteil, wir sollten als Arbeiter uns eigentlich dagegen wehren, daß man Leute mit niedrigem Einkommen überhaupt steuerfrei läßt. Jeder Staatsbürger hat die Pflicht, etwas zu den Leistungen des Reiches beizutragen, nur soll das auf direkte Weise geschehen.“ Mit Herrn Bömelburg wollen wir nicht darüber streiten, ob es möglich ist, alle Steuern auf direktem Wege aufzubringen. Es steht dem allein schon die Verfassung des Deutschen Reiches im Wege. Zweifellos würden die direkten Steuern eine gewaltige Höhe erreichen, wenn alle indirekten Steuern beseitigt würden. Den ärmern Volksklassen würde die Zahlung so hoher direkter Steuern — wenn nicht fast unmöglich — so doch ganz erheblich schwerer sein, wie die Zahlung der indirekten Steuern, wo, wie beim Bier, Branntwein und Tabak, welche als Genussmittel auch der ärmern Volksklassen in Frage kommen, jeder es in der Hand hat, sich beliebig hoch zu besteuern, je nachdem er die genannten Artikel konsumiert. Wenn wir uns also mit Herrn Bömelburg über die übrigens auch von Kaustky verneinte Frage, ob direkte Steuern allein möglich seien, nicht auseinanderzusetzen wollen, so können wir seinen grundsätzlichen Ausführungen nur zustimmen. Wenn die untern Volksklassen mehr politische Rechte erkämpfen wollen, dürfen sie sich auch gegen gerecht verteilte Steuerlasten nicht wehren, denn, so sagt Bömelburg: „Jeder Staatsbürger hat die Pflicht, etwas zu den Leistungen des Reiches beizutragen.“ Was sich die unentwegten Steuergegner im sozialdemokratischen Lager gefälligst hinter die Ohren schieben wollen!

Wer untergräbt die geistliche Autorität? Einen interessanten Beleg dafür, wie Sekretäre vom Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) die Autorität der katholischen Geistlichen achten, die sich nicht unbedingt zum Berliner Programm bekennen, erbrachte unlängst der Sekretär Hoffmann aus Neuland (Oberschlesien). Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 48 darüber das Folgende:

Am 17. Oktober fand in Riegersdorf eine von Pfarzer Rössler einberufene Versammlung katholischer Arbeiter statt, zu der auch die Arbeitersekretäre Dinko Welfe-Reise und Hoffmann-Neuland geladen waren. Beide Herren entwickelten das Programm der katholischen Arbeitervereine ihres Verbandes. Am Schluß der beiderseitigen Ausführungen erklärte der Herr Ortsparzer, daß er sich nunmehr für den Anschluß an Reife entschieden habe, er ließ auch noch die Arbeiter darüber abstimmen. Mit allen gegen drei Stimmen erklärten sich auch diese für den Anschluß an Reife. Für jeden ansässigen Menschen wäre damit die Sache erledigt gewesen, nicht aber für Herrn Hoffmann vom „Sitz Berlin“. Schon damals äußerte er sehr unangenehm, daß Herr Hoffmann schon vor der Versammlung vom 17. Oktober eine „Geheimversammlung“ mit den Arbeitern — allerdings ohne Erfolg — abgehalten hatte, daß er nach der Abstimmung am 17. Oktober sich eine ganz gewöhnliche Denunziation des Reifer-Verbandes leistete. Die eigentliche „Arbeit“ des Herrn Hoffmann sollte nun aber erst beginnen. Trotz der ausdrücklich klaren Willenserklärung des Ortsparzers Rössler, trotz der unzweideutigen Abstimmung der Arbeiter ging Hoffmann auch nach dem 17. Oktober nach Riegersdorf, hielt dort hinter dem Rücken des Pfarzers „geheimliche“ Sitzungen ab, verächtlich den Reifer-Bezirksverband und sammelte nun wirklich noch einige unzufriedene Arbeiter, die er zu einer „Zählstelle“ des Verbandes „Sitz Berlin“ einzuteilte. So hat es denn Hoffmann wirklich fertig gebracht, ohne Rücksicht auf den Pfarzer und die überlegene Mehrheit der Arbeiter eine Zählstelle seines Verbandes zu gründen. In der Dorfgemeinde Riegersdorf besitzen also jetzt zwei Arbeitervereine verschiedener Richtung, unter solchen Umständen ist es natürlich unannehmlich, daß Anfriden und Zwietracht in die Reihen der Arbeiter getragen wird, und das alles ist das wenig rühmliche Werk des Herrn Hoffmann aus Neuland vom „Sitz Berlin“. Man sollte es kaum für möglich halten!

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Antwort des Reicherverbandes auf das Schreiben des Verbandes deutscher Arbeitnachweise, worin dieser vor der Gründung einseitiger Zwangsmaßnahmen warnt im Interesse des sozialen Friedens und dem Reicherverbande seinen Rat und sein Material zur Gründung eines paritätischen Nachweises im Ruhrrevier zur Verfügung stellt, lautet also:

„Sie begründen die Bitte mit dem Hinweis auf Ihre auf langjährige Praxis gefähten Erfahrungen, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitnachweis-Organisation

